

Mertens, Armin; Schüler, Ruth M.

Research Report

Online-Petitionen als Corona-Sorgenventil: Eine thematische Analyse der Petitionsplattform change.org als Gradmesser aktueller Polarisierungstendenzen

IW-Report, No. 47/2020

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Mertens, Armin; Schüler, Ruth M. (2020) : Online-Petitionen als Corona-Sorgenventil: Eine thematische Analyse der Petitionsplattform change.org als Gradmesser aktueller Polarisierungstendenzen, IW-Report, No. 47/2020, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/224505>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



IW-Report 47/2020

Online-Petitionen als Corona-Sorgenventil

Eine thematische Analyse der Petitionsplattform [change.org](https://www.change.org) als Gradmesser aktueller Polarisierungstendenzen

Armin Mertens, Ruth Maria Schüler

Der Beitrag ist Teil des von der Brost-Stiftung geförderten Projekts „Ein neuer Gesellschaftsvertrag in Zeiten sozialer Fragmentierungen“ – Gestaltungsoptionen für das Ruhrgebiet.

Köln, 14.09.2020

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Einleitung	4
2 Politische Partizipation in Deutschland	5
2.1 Politische Partizipationsformen vor der Corona-Kontaktsperre	5
2.2 Online-Petitionen während des Corona-Lockdowns	8
2.3 Corona Stimmungsbild	14
3 Fazit und Ausblick	20
Literatur	23
Abstract	25
Tabellenverzeichnis	26
Abbildungsverzeichnis	26

JEL-Klassifikation:

I18 – Government Policy, Regulation, Public Health

H12 – Crisis Management

Zusammenfassung

Die Corona-Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen haben das öffentliche Leben in Deutschland zeitweise massiv beeinträchtigt. Durch das Kontaktverbot wurden die freie Berufsausübung, die Gewerbefreiheit, die Schulpflicht und die Religionsfreiheit vorübergehend eingeschränkt. Gleichzeitig reduzierte die Einschränkung der Versammlungsfreiheit die Möglichkeiten der politischen Beteiligung auf den digitalen Raum. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen warnt Nida-Rümelin (2020) davor, dass die Corona-Pandemie sich als Krisenbeschleuniger der westlichen Demokratien erweisen könnte. Inwiefern die Digitalisierung die Demokratie durch zusätzliche Formen der Beteiligung stärkt oder schwächt, wurde bereits vor Corona kontrovers diskutiert. So bewertet Manow (2020) die Digitalisierung als Chance für die Demokratie, während Pariser (2011) sowie Allcott und Gentzkow (2017) sie als Bedrohung der Demokratie beschreiben.

Eine Untersuchung von Online-Petitionen im Zeitraum vor und während der Corona-Maßnahmen kann zeigen, dass die Möglichkeit der digitalen Beteiligung während der Krise sehr stark genutzt wird. In den Monaten März und April 2020 und somit im Zeitraum der einschneidendsten Entscheidungen hinsichtlich der Eindämmung des Corona-Virus entfallen 3,3 Millionen Unterschriften auf Petitionen, die Bezug auf die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen nehmen. Ob dies allein dem Thema Corona geschuldet ist, oder auf die am 22. März erlassene Kontaktbeschränkung zurückzuführen ist, welche andere Formen der politischen Beteiligung kurzfristig stark einschränkt, lässt sich anhand der Daten nicht eindeutig unterscheiden. Die inhaltliche Analyse der Petitionen lässt vermuten, dass es sich um ein Zusammenspiel beider Aspekte handelt. Zu betonen ist, dass digitale Beteiligungsformen in der aktuellen Krise eine Möglichkeit für die deutsche Demokratie bieten, sich als resilient zu erweisen.

Viele Antragsteller von Petitionen und deren Unterzeichner nutzen während der Corona-Pandemie die Möglichkeit, durch Online-Petitionen ihrer wirtschaftlichen Betroffenheit durch die Krise Ausdruck zu geben. Dies zeigt sich in gut 1,35 Millionen Unterschriften für Petitionen, die sich der wirtschaftlichen Dimension der Corona-Pandemie widmen. Gleichzeitig wird auf einzelne Beschlüsse im Bildungsbereich mit einer Vielzahl von Petitionen reagiert. Allerdings werden diese Petitionen seltener mitgezeichnet.

Konkret werden für diese Studie knapp 1.800 Petitionen der kommerziellen Beteiligungsplattform change.org ausgewertet, welche vom 1. November 2019 bis zum 2. Juni 2020 online gestellt wurden. Eine Unterscheidung in Petitionen, die den Corona-Lockdown befürworteten und solche, die ihn ablehnen, zeigt, dass auf die Ankündigung der Schul- und Kitaschließungen in der 12. Kalenderwoche eine Welle an Forderungen nach weiteren Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie folgt. Kurz vor den Beschlüssen zur Lockerung des Lockdowns am 15. April 2020 kippte das Stimmungsbild und die Mehrheit der Antragsteller, der sogenannten Petenten, befürwortete eine Lockerung des Lockdowns. Die Forderungen nach mehr Öffnung nahmen nach den Beschlüssen vom 15. April noch einmal zu, um dann mit den weiteren Lockerungen langsam abzuebben.

1 Einleitung

Die Corona-Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen haben das öffentliche Leben in Deutschland in außerordentlichem Maße beeinflusst. So hat das am 22. März 2020 beschlossene Kontaktverbot von Bund und Ländern die Versammlungsfreiheit vorübergehend stark eingeschränkt. In einer Zeit, in der politische Entscheidungen sehr schnell getroffen werden mussten und Grundrechte eingeschränkt wurden, waren damit die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung stark begrenzt. Bis zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts am 16. April 2020 waren Demonstrationen untersagt. Auch andere Formen der politischen Beteiligung, wie die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder Partei oder die Teilnahme an einer öffentlichen Diskussion, mussten sich in dieser Zeit auf den digitalen Raum verlagern. Eine Analyse von Online-Petitionen der Petitionsplattform change.org zwischen November 2019 und Anfang Juni 2020 zeigt, dass die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Corona-Maßnahmen starke Reaktionen im digitalen Raum ausgelöst haben. So stieg die Zahl der täglich eingestellten Petitionen mit Corona-Bezug an ihrem Höhepunkt auf fast 50 Petitionen. Demgegenüber lag die durchschnittliche Zahl der eingestellten Petitionen ohne Corona-Bezug vor der Einstufung des Virus als Pandemie durch die Weltgesundheitsorganisation am 11. März 2020 bei drei Petitionen pro Tag. Somit wächst die durchschnittliche Zahl neuer Petitionen pro Tag ab Mitte März um das Fünffache, an ihrem höchsten Tageswert sogar um das Fünfzehnfache an. Dieser deutliche Anstieg des politischen Protests im digitalen Raum zeigt, dass die Demokratie auch in Krisenzeiten Resilienz beweisen kann.

Auch spiegeln die Petitionen das Stimmungsbild während des Corona-Lockdowns. Vergleicht man Petitionen, die sich eindeutig für oder gegen den Lockdown positionieren, überwiegen kurz nach der Bund-Länder-Vereinbarung in der 12. Kalenderwoche Petitionen, die weitere Schließungen und mehr gesundheitlichen Schutz fordern. Im Zuge der Beschlüsse zu den Lockerungen des Lockdowns am 15. April 2020 erreicht die Anzahl an Petitionen, welche mehr Öffnung fordern, einen Höhepunkt. Besonders Petitionen, die in die Kategorie „Wirtschaft“ fallen, fordern eine Öffnung von Geschäften und eine Lockerung der Restriktionen in der Tourismusbranche. Außerdem werden in der Themenkategorie „Wirtschaft“ viele Forderungen nach finanzieller Unterstützung für einzelne Berufsgruppen formuliert. Diese wirtschaftliche Betroffenheit zeigt sich auch in einer GESIS-Umfrage, welche zwar nicht den Anspruch auf Repräsentativität erhebt, da die Erhebung ausschließlich online erfolgte (GESIS Panel Team, 2020), aber im Vergleich zu den Online-Petitionen eine breitere Bevölkerungsgruppe anspricht. Wie auch bei großen Unternehmen (Bardt/Grömling, 2020) zeigt sich in den Online-Petitionen, wie stark Kleinunternehmer, Solo-Selbstständige und Freiberufler von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen sind. So wird in vielen Petitionen die Forderung nach finanzieller Unterstützung dieser Gruppen in Form von Soforthilfen, Verdienstausschüttungen und einer Ausweitung des Rettungsschirms formuliert.

2 Politische Partizipation in Deutschland

Politische Partizipation ist ein wichtiger Grundstein für eine funktionierende Demokratie (Horst, 2009, 35 f.). Niedermeyer unterscheidet die folgenden Formen politischer Partizipation: (1) Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, (2) Parteiarbeit, (3) zeitlich begrenzte parteibezogene Arbeit wie die Unterstützung im Wahlkampf, (4) legaler Protest, (5) ziviler Protest und (6) politische Gewalt (Andersen/Woyke, 2013). Diese Formen der politischen Partizipation sind auch immer stärker im digitalen Raum vertreten. So kann Online-Aktivismus vom Kundtun der politischen Meinung in sozialen Netzwerken bis hin zur Erstellung einer Online-Petition reichen. Dabei gibt es auch bei den Akteuren der Zivilgesellschaft starke Unterschiede im Digitalisierungsgrad (Robert Bosch Stiftung et al., 2019). Während manche Organisationen erst durch die Digitalisierung begründet wurden, ist für die klassischen Akteure der Zivilgesellschaft die Digitalisierung ein zusätzliches Thema, welches unterschiedlich stark forciert wird.

Durch die Möglichkeit, Online-Petitionen auf einer offiziellen Website des Bundestags einzureichen, haben diese einen quasi-plebiszitären Charakter erhalten (Jungherr/Jürgens, 2011). In einem politischen System wie dem der Bundesrepublik Deutschland, das keine Referenden auf Bundesebene kennt, kommt dieser Möglichkeit der direkten politischen Einflussnahme eine besondere Bedeutung zu. Aus diesem Grund und weil Online-Petitionen Reaktionen sehr zeitnah einfangen, wird diese Form der politischen Beteiligung hier als Gradmesser für das Stimmungsbild während des Corona-Lockdowns verwendet. Zuvor soll ein kurzer Überblick darüber gegeben werden, wie stark unterschiedliche Formen der politischen Beteiligung in Deutschland vor der Corona-Pandemie genutzt wurden, um die Relevanz von Petitionen im Allgemeinen einordnen zu können.

2.1 Politische Partizipationsformen vor der Corona-Kontaktsperre

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) von 2018 erlaubt einen repräsentativen Blick auf die Häufigkeit unterschiedlicher Partizipationsformen in der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahren (siehe Abbildung 2-1). Die häufigste Beteiligungsform ist die Teilnahme an Wahlen. 90 Prozent der Befragten geben an, sich schon einmal an Wahlen beteiligt zu haben. 83 Prozent der Befragten geben an, im Bekanntenkreis oder am Arbeitsplatz ihre politische Meinung geäußert zu haben. Neben der konventionellen Beteiligungsform der Wahlen und der sehr niedrigschwelligen und häufig auch spontanen Äußerung der eigenen politischen Meinung folgt an dritter Stelle die Teilnahme an Unterschriftensammlungen, welche von 61 Prozent der Befragten bereits wahrgenommen wurde. Mit deutlichem Abstand folgen die Teilnahme an einem Bürgerentscheid oder einer Volksabstimmung und kritischer Konsum in Form eines Boykotts von Waren (jeweils 40 Prozent).

Unterschriftensammlungen gehören also auch in Zeiten, in denen andere Formen der politischen Willensäußerung möglich sind, zu einer häufig genutzten Beteiligungsform. Dies kann in der Niedrigschwelligkeit der Teilnahme an Unterschriftensammlungen begründet liegen. So fallen keine monetären Kosten an und auch der Zeitaufwand ist im Vergleich zu anderen Formen der politischen Partizipation gering (Halpin et al., 2018). Eine Unterschriftensammlung oder eine Petition zu initiieren ist dahingegen mit einem ungleich höheren Aufwand verbunden. Dies könnte erklären, wieso der Anteil der ALLBUS-Befragten, die bereits eine Online-Petition initiiert

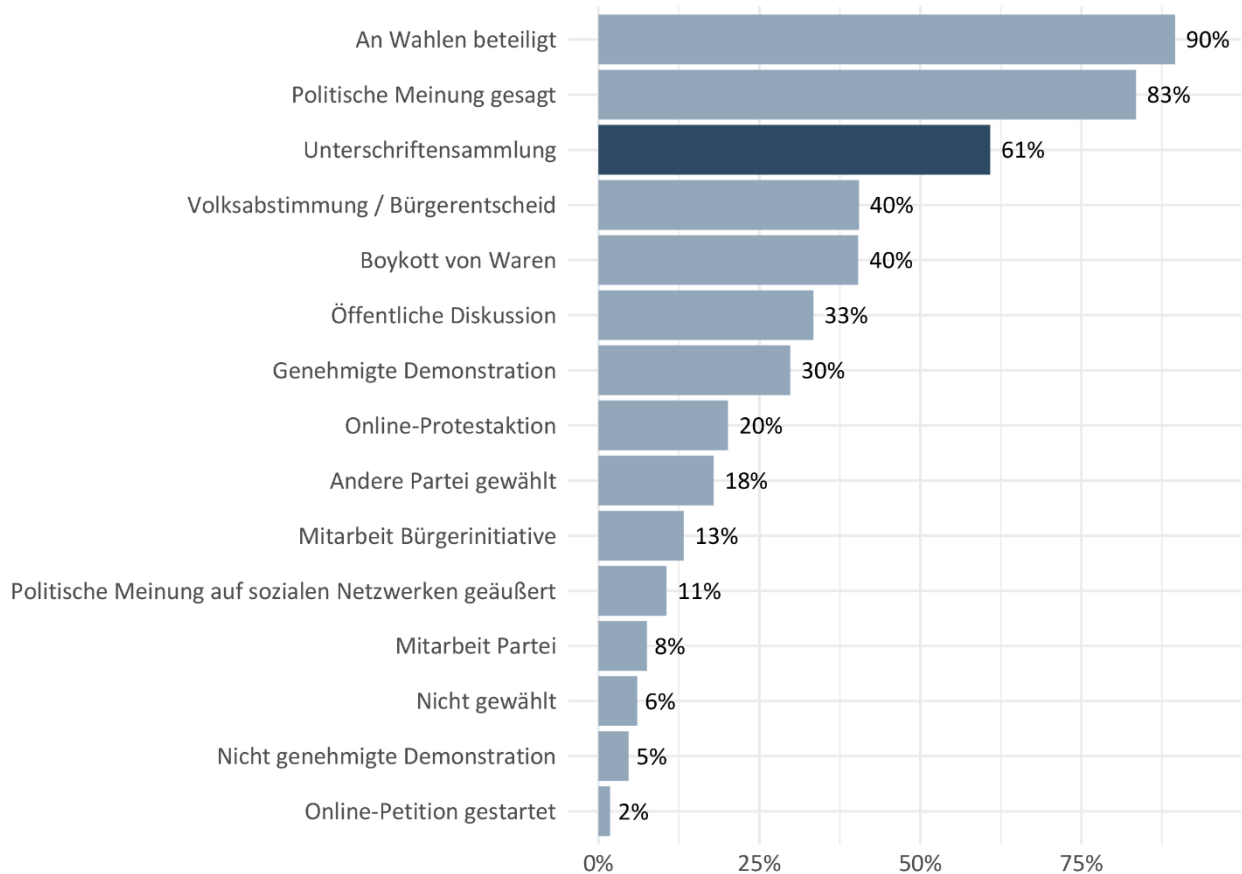
haben, mit knapp 2 Prozent relativ gering ist. Diese Form der politischen Partizipation setzt eine besondere Form der Eigeninitiative voraus, da sie erfordert, ein eigenes Anliegen zu formulieren und Unterstützer hierfür zu gewinnen.

In Artikel 17 des Grundgesetzes wird jedem Bürger im Rahmen des Petitionsrechts garantiert, sich mit einer schriftlich eingereichten Bitte an eine zuständige Behörde wenden zu können (Jungherr/Jürgens, 2011). Seit Oktober 2008 gibt es mit epetitionen.bundestag.de eine Online-Petitionsplattform des Bundestags, die es ermöglicht, öffentliche Petitionen einzustellen und zu unterschreiben, also mitzuzeichnen. Dabei werden alle Online-Petitionen vom Petitionsausschuss geprüft und die Petenten mit einem Bescheid über den Prozess informiert. Petitionen mit mehr als 50.000 Mitzeichnungen innerhalb der ersten vier Wochen nach Einstellung der Petition werden zudem im Petitionsausschuss angehört. Die Möglichkeit der digitalen Mitzeichnung hat die Eintrittsschwelle, eine Petition zu unterschreiben, gesenkt. Petitionen sind dadurch stärker in den Fokus der medialen Berichterstattung gerückt, wobei die Anzahl der Mitzeichnungen ausschlaggebend dafür ist, ob eine Petition medial diskutiert wird. Della Porta und Diani (2006, 171 ff.) interpretieren Petitionen gar als Messzahl für die Bedeutung einer sozialen Bewegung. Dies geht aber auch mit einem Mitbestimmungsanspruch einher, der oft politisch nicht eingelöst wird.

Neben der offiziellen Website des Bundestags gibt es kommerzielle Plattformen, die das Erstellen von Online Petitionen ermöglichen und auf denen auch Anliegen vertreten werden können, die nicht primär politisch motiviert sind. Die meisten Websites stellen dabei die Plattform für das Erstellen und das Mitzeichnen der Unterschriftensammlungen, leiten diese aber nicht an eine behördliche Stelle weiter. Im engen Sinn handelt es sich hierbei also um Websites für Unterschriftensammlungen. Da die Plattformen selbst konsequent den Begriff Petition (und nicht Unterschriftensammlung) verwenden, wird auch in diesem Report dieser Begriff verwendet. Change.org ist in Deutschland mit über sechs Millionen Nutzern im Jahr 2019 die größte dieser Plattformen (change.org verein, 2020). Gegenüber epetitionen.bundestag.de hat die Website den Vorteil der schnelleren Reaktionszeit. Da die Petitionen, die auf epetitionen.bundestag.de eingereicht werden, vor der Veröffentlichung geprüft werden, kommt es hier zu einer mehrwöchigen Verzögerung. Dass die auf change.org eingestellten Petitionen durchaus Wirkung auf das politische Geschehen haben, zeigt sich beispielhaft an der Petition zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Tampons. Nachdem die Petition auf change.org über 190.000 Mitzeichner gewinnen konnte, wurde sie offiziell auf der Petitionswebsite des Bundestags eingereicht. Hier unterzeichneten sie gut 80.000 Personen. Der niedrigere Support liegt zum einen daran, dass die Petitionen auf change.org zeitlich unbegrenzt mitgezeichnet werden können und dass change.org durch sein Finanzierungsmodell ermöglicht, Petitionen zu bewerben und so die Reichweite einer Petition zu erhöhen. Bei der Entscheidung zur Senkung der Steuer auf den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent dankt Finanzminister Olaf Scholz namentlich den beiden Initiatorinnen der change.org Petition (change.org e.V., 2020). Auch in einer aktuellen Analyse der offiziellen englischen Petitionswebsite zeigt sich, dass Petitionen in Reden der Mitglieder des Parlaments zitiert werden und so Einfluss in die politische Debatte finden (Blumenau, 2020). Dabei machen die Mitglieder des Parlaments besonders davon Gebrauch, dass die englische Petitionswebsite automatisierte Nachrichten darüber verschickt, wenn im jeweiligen Wahlkreis des Abgeordneten eine Petition besonders hohen Zuspruch bekommt.

Abbildung 2-1: Politische Beteiligungsformen vor der Corona-Pandemie

Befragung von 2018. Anteil der 3.378 Befragten (N), die angeben, sich an der jeweiligen Partizipationsform schon einmal beteiligt zu haben.



Quelle: ALLBUS 2018, eigene Darstellung

Betrachtet man die durchschnittlichen soziodemographischen Ausprägungen der Befragten und ihre Teilnahme an politischen Partizipationsformen (siehe Tabelle 2-1), zeigt sich, dass Befragte, die angeben, sich bereits an einer Unterschriftensammlung beteiligt zu haben, im Durchschnitt etwas jünger sind als die Gesamtbevölkerung (siehe Spalte 3). Da die Frage nach Unterschriftensammlungen bereits seit 1988 im ALLBUS gestellt wird, ist hier keine Unterscheidung in digitale und analoge Beteiligung möglich. Wie in den meisten anderen Partizipationsformen haben auch Unterzeichner von Unterschriftensammlungen im Schnitt einen höheren Bildungsabschluss (siehe Spalte 4). Politisch verorten sie sich auf der Links-Rechts Skala im Durchschnitt in der politischen Mitte (siehe Spalte 5). Zwischen Männern und Frauen zeigen sich in Bezug auf die Teilnahme an Unterschriftensammlungen keine statistisch signifikanten Unterschiede (siehe Spalte 2).

Tabelle 2-1: Partizipationsformen und soziodemographische Charakteristika

Spalte 2 gibt den Anteil der Frauen an, die angeben, an der jeweiligen Partizipationsform beteiligt gewesen zu sein. Spalte 3 gibt das durchschnittliche Alter der Befragten an; Spalte 4 das durchschnittliche Bildungsniveau. Das internationale Klassifizierungssystem der Bildungsabschlüsse von 2011 (ISCED, 2011) ordnet die deutschen Schulabschlüsse in acht Kategorien: (1) Grundbildung, (2) Abschluss des Sekundarbereichs 1, (3) Abschluss des Sekundarbereichs 2, (4) Postsekundärer, nicht tertiärer Abschluss; (5) Abschluss eines kurzen tertiären Bildungsprogramm, z. B. Meisterprüfung, (6) Bachelor- oder gleichwertiger Abschluss, (7) Master- oder gleichwertiger Abschluss, (8) Promotion oder gleichwertiger Abschluss. Die 5. Spalte gibt die durchschnittliche Positionierung anhand der Links-rechts-Skala an, wobei 10 extrem rechts und 1 extrem links bedeutet. Fett gedruckte Werte sind statistisch signifikant nach dem χ^2 -Test (0,95 Konfidenzintervall). Es wurden, im Gegensatz zu den gezeigten Durchschnitten, die ungewichteten Werte verglichen.

Partizipationsform	Anteil Frauen (in Prozent)	Alter	Bildungsabschluss (ISCED, 2011)	Links – rechts
An Wahlen beteiligt	48,6	52,0	4,4	5,0
Politische Meinung gesagt	48,8	50,8	4,4	4,9
Unterschriftensammlung	49,7	50,9	4,6	4,8
Volksabstimmung / Bürgerentscheid	47,6	52,0	4,8	4,8
Boycott von Waren	51,7	49,2	4,9	4,6
Öffentliche Diskussion	42,4	52,8	4,8	4,8
Genehmigte Demonstration	45,8	49,4	5,0	4,4
Online Protest-Aktion	46,0	46,0	5,1	4,6
Andere Partei gewählt	42,3	55,3	4,3	5,4
Bürgerinitiative	44,7	55,7	4,9	4,7
Meinung auf sozialen Netzwerken geäußert	51,5	38,3	4,4	4,8
Mitarbeit Partei	35,8	55,5	5,1	4,7
Nicht gewählt	42,9	50,4	3,9	5,2
Nicht genehmigte Demonstration	39,5	49,7	5,2	4,0
Online Petition gestartet	50,3	46,5	5,2	4,7
Alle Befragten	48,9	51,2	4,3	5,0

Quelle: ALLBUS 2018, eigene Darstellung

2.2 Online-Petitionen während des Corona-Lockdowns

Der Datensatz umfasst alle 1.783 Petitionen, die zwischen dem 1. November 2019 und dem 2. Juni 2020 auf change.org eingestellt wurden. Von der Analyse ausgeschlossen wurden 43 internationale Petitionen. Hierunter fallen Petitionen, die sich nicht spezifisch an die deutsche Bevölkerung wenden, so zum Beispiel eine Petition mit mehr als 13 Millionen Unterschriften (Stand 2. Juni 2020), die Gerechtigkeit für George Floyd fordert. Eine Berücksichtigung dieser Petitionen würde die Ergebnisse verzerren, da internationale Petitionen von mehr Personen unterschrieben werden können als solche, die sich ausschließlich an die deutsche Bevölkerung

wenden. Der Zeitraum wurde gewählt, um sowohl die Zeit vor dem ersten Corona-Fall im Dezember 2019 in China zu berücksichtigen als auch die Reaktionen auf die ersten Lockerungen der Corona-Maßnahmen beobachten zu können.

Change.org wurde 2007 in den USA gegründet und hat sich zur größten Petitionsplattform weltweit entwickelt (Huang et al., 2015). In Deutschland nutzen laut Website des zugehörigen Vereins change.org e.V. über sechs Millionen Menschen die Plattform (change.org verein, 2020). Mit der E-Petitions-Plattform des Bundestags epetitionen.bundestag.de wurde 2008 zwar eine offizielle Website der deutschen Bundesregierung geschaffen, allerdings werden Petitionen hier erst nach einer internen Prüfung und somit zeitverzögert eingestellt. Weiterhin können hier nur Petitionen eingestellt werden, die sich auf die Politik des Bundestags beziehen. Da in diesem Report ein möglichst zeitnahes Stimmungsbild der deutschen Corona-Politik gezeichnet werden soll, wurden der Schnelligkeit und der größeren Reichweite von change.org gegenüber dem offiziellen Charakter der Plattform des Bundestags Vorzug gegeben. Change.org hat sich als Sozialunternehmen zum Ziel gesetzt, die Demokratie zu stärken und mehr Menschen die Beteiligung an politischen und nicht-politischen Entscheidungsfindungsprozessen zu ermöglichen. Auch wenn sich Petitionen der Website vor der Corona-Pandemie thematisch häufig dem linken Spektrum der Parteilandschaft zuordnen lassen, betont change.org die Überparteilichkeit der Plattform (change.org verein, 2020).

Für die vorliegende Analyse wurden die Petitionen im Zeitraum vom 1. November 2019 bis zum 2. Juni 2020 von change.org gescraped. Für die Erstellung des Datensatzes wurde die Website in regelmäßigen Abständen automatisiert aufgerufen, um die Links der einzelnen Petitionswebsites und daran anschließend relevante Petitionsdaten zu extrahieren. So lassen sich Informationen über den Titel der Petitionen, die Anzahl und das deklarierte Unterschriftenziel, das Datum der Einstellung sowie die Namen und Identifikationsnummern der für die Petition verantwortlichen Privatpersonen oder Organisationen gewinnen. Insgesamt wurden für den Untersuchungszeitraum 1.783 Petitionen auf der Website erfasst, welche wiederum knapp 29 Millionen Mal mitgezeichnet wurden. Informationen über die Mitzeichner konnten leider nicht ermittelt werden. Dadurch lassen sich keine Nutzungsmuster ableiten oder Informationen zu den Mitzeichnern mit Informationen aus anderen Quellen abgleichen. Der in Abbildung 2-2 gezeigte starke Anstieg an Petitionen lässt aber vermuten, dass seit Beginn der Corona Pandemie zumindest absolut neue Nutzer sowohl Petitionen eingestellt als auch mitgezeichnet haben. Von den 87 Prozent der Petenten, bei denen das Geschlecht ermittelt werden konnte, sind 46 Prozent weiblich – vier Prozentpunkte weniger als in der ALLBUS-Befragung. Zur Ermittlung des Geschlechts wurden die Vornamen der Petenten über die Programmierschnittstelle genderize.io mit einer Datenbank deutscher Vornamen und dem jeweiligen Geschlecht abgeglichen. So kann die Wahrscheinlichkeit berechnet werden, mit der ein Name eindeutig einem bestimmten Geschlecht zugeordnet werden kann. Da es Vornamen gibt, die beiden Geschlechtern gleichermaßen zugeordnet werden können, wurden nur solche Vornamen in die Berechnung mit aufgenommen, bei denen die Zuordnungswahrscheinlichkeit mindestens 75 Prozent beträgt. Das mittlere Alter der Petenten beträgt 43,4 Jahre. Hierfür wurde eine weitere Programmierschnittstelle (agify.io) benutzt, um von der Verteilung der Namen über die jeweiligen Geburtsjahrgänge auf das Alter zu schließen. Auch hier gibt es also leichte Abweichungen zur repräsentativen ALLBUS-Befragung, da die Petenten auf change.org im Schnitt etwas jünger sind.

In einem ersten Schritt wird händisch zwischen Petitionen mit und ohne Corona-Bezug unterschieden. Über den kompletten Zeitraum haben 1.095 der Petitionen (61 Prozent) einen Corona-Bezug. In einem zweiten Schritt werden alle Petitionen mit Corona-Bezug noch einmal danach unterschieden, ob sich die Petition für oder gegen einen Lockdown ausspricht. Bei Petitionen, die keiner dieser beiden Kategorien zugeordnet werden können, wird zwischen Petitionen unterschieden, die einen neuen Vorschlag zum Umgang mit der Corona-Pandemie und ihren Folgen machen (initiativ) und solchen Petitionen, die bereits bekannte politische Forderungen mit der Corona-Krise motivieren (instrumentalisiert). Das prominenteste Beispiel für eine instrumentalisierte Petition ist die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen in der Corona-Krise. Diese Petition wurde von knapp einer halben Million Personen mitgezeichnet und ist somit die Petition mit Corona-Bezug mit den meisten Unterschriften (siehe auch Tabelle 2-3, S. 19). In initiativen Petitionen wird häufig die finanzielle Unterstützung einzelner Berufsgruppen gefordert, welche besonders vom Lockdown betroffen sind. Weitere Beispiele für das Coding der vier Kategorien finden sich in Tabelle 2-2. Abschließend wird jeder Petition händisch eines der folgenden Oberthemen zugeordnet: Humanitäres, Tierschutz, Gesundheit, Umweltschutz, Kultur/Freizeit, Bundespolitik, Lokales, Bildung, Wirtschaft, Forschung, Corona-Maßnahmen. Für drei der Themenkategorien finden sich Beispiele in Abbildung 2-6, S. 16. Das Coding wurde anhand einer zufälligen Stichprobe, die 20 Prozent des kompletten Datensatzes und somit 357 Petitionen beinhaltet, validiert.

Tabelle 2-2: Beispiele für das Coding der change.org Petitionen

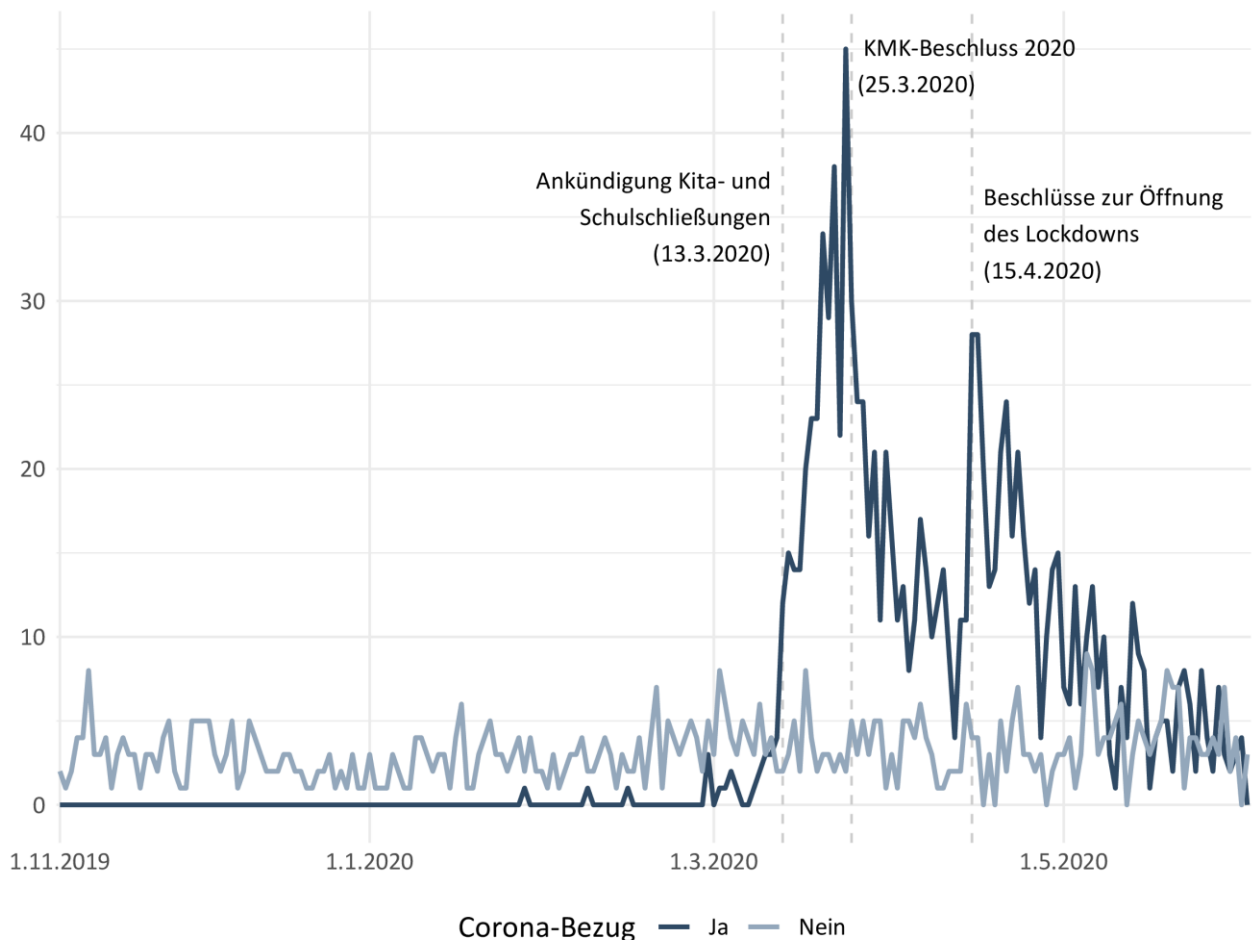
Forderung nach ...	
(mehr) Infektionsschutz (dafür)	<ul style="list-style-type: none"> • Durchschnittsabschluss/-abitur statt Schulbesuch • Schließung von Zahnarztpraxen und Gastronomiebetrieben • Aussetzen der Anwesenheitspflicht für Berufstätige
Lockerung der Corona-Maßnahmen (dagegen)	<ul style="list-style-type: none"> • Öffnung von Bildungseinrichtungen und Zoos • Besuchsrecht in Pflegeheimen und für werdende Väter im Kreissaal • Wiedereröffnung von Einrichtungen der Gesundheits- und Kulturbranche
Neue Forderung (initiativ)	<ul style="list-style-type: none"> • Bessere Arbeitsbedingungen und Sonderzahlungen für Beschäftigte in systemrelevanten Berufen, z. B. Pflegebonus • Erhöhung des Kurzarbeitergeldes • Rettungsschirm/-fonds für betroffene Branchen
Instrumentalisierte Forderung	<ul style="list-style-type: none"> • Bedingungsloses Grundeinkommen • Rechtssicherheit bei Lebensmittelpenden • Corona-Hilfspakete für Klimaschutz nutzen

Quelle: change.org, eigene Darstellung

In Abbildung 2-2 zeigt sich eindrücklich der zahlenmäßige Anstieg der Corona-Petitionen in der 12. Kalenderwoche. Während die Anzahl der Online-Petitionen ohne Corona-Bezug während des Beobachtungszeitraums durchschnittlich bei drei Petitionen pro Tag liegt, erreicht die Zahl der eingestellten Petitionen am 24. März 2020 mit 47 Petitionen ihren Höhepunkt. Am folgenden Tag gaben die Kultusminister ihren Beschluss bekannt, dass die Abiturprüfungen 2020 stattfinden sollen. Dieses Thema dominiert die am 24. März eingestellten Petitionen – 29 widmen sich dem bevorstehenden KMK-Beschluss. Dass dieser Protest sich stark auf der Petitionsplattform zeigt, kann auch darin begründet liegen, dass am 22. März das Kontaktverbot beschlossen wurde und somit Demonstrationen und andere Formen der politischen Beteiligung kurzzeitig nicht möglich waren. Eine der Petitionen, welche eine Verschiebung der Abschlussprüfungen fordert, weist deutlich auf die eingeschränkten Möglichkeiten zur politischen Beteiligung hin: „Auch wir haben versucht[,] Kontakt mit dem Kultusministerium aufzunehmen. Unsere E-Mails wurden ignoriert, Briefe nicht angenommen. Demonstrationen sind nicht möglich.“ Nach dem 24. März nimmt die Anzahl der Petitionen mit Corona-Bezug ab, um dann am 15. April 2020, dem Tag, an dem die Bundesregierung und die Landesregierungen bekanntgaben, welche Lockerungen es bezüglich des Lockdowns geben würde, erneut auf 28 anzusteigen. Auch hier wurde stark auf die Beschlüsse zur Schulöffnung ab dem 4. Mai 2020 reagiert. 20 Petitionen fallen in die Bildungskategorie. Nach dem 15. April sinkt die täglich eingestellte Anzahl an Corona-Petitionen, um sich im Mai auf ein ähnliches Niveau einzupendeln wie die Petitionen ohne Corona-Bezug. Dies könnte zum einen daran liegen, dass es mit den Lockerungen und einer schrittweisen Rückkehr zur „alten Normalität“ weniger Anlässe für Petitionen gibt. Auch könnte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. April, welches Demonstrationen wieder eingeschränkt zulässt, dazu geführt haben, dass sich der politische Protest wieder stärker auf die Straße verschiebt. So gab es im Mai zahlreiche Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen, über die medial ausführlich berichtet wurde.

Abbildung 2-2: Anzahl der Petitionen mit und ohne Corona-Bezug

N = 1.740 Petitionen. Petitionen mit internationaler Reichweite, also Petitionen, die sich auch an Unterzeichner außerhalb Deutschlands richten, werden nicht berücksichtigt. Zeitraum: 1. November 2019 bis 2. Juni 2020.

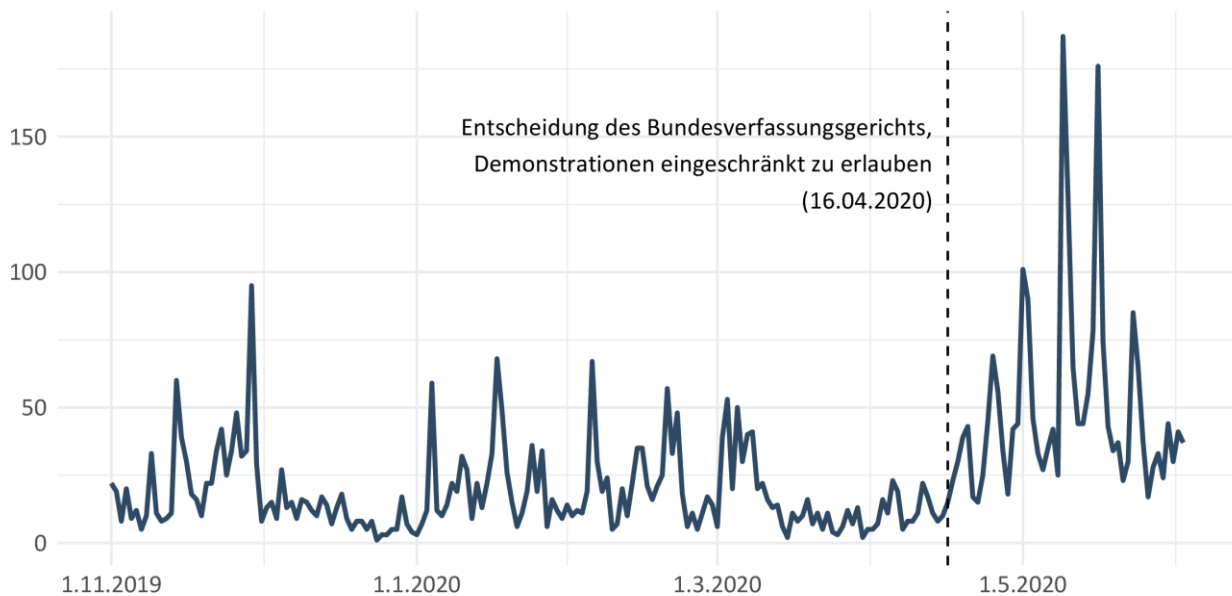


Quelle: change.org, eigene Darstellung

Eine Auswertung der Tweets des Mikroblogging Dienstes Twitter mit dem Suchwort „Demonstration“ zeigt, dass der Begriff zum Höhepunkt der Maßnahmen kaum fällt, um dann ab dem 16. April wieder häufiger erwähnt zu werden (siehe Abbildung 2-3). In der Annahme, dass Demonstrationen über Twitter angekündigt werden (vgl. Jungherr/Jürgens, 2014), kann dies als Indiz gedeutet werden, dass mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Möglichkeit zu demonstrieren wieder verstärkt wahrgenommen wurde.

Abbildung 2-3: Verwendung des #Demo(nstration) auf Twitter

N = 5.428. Im Untersuchungszeitraum (1.11.2019 bis 2.6.2020) wurden alle Tweets in deutscher Sprache automatisiert erfasst, die die Hashtags #Demonstration oder #Demo enthalten.

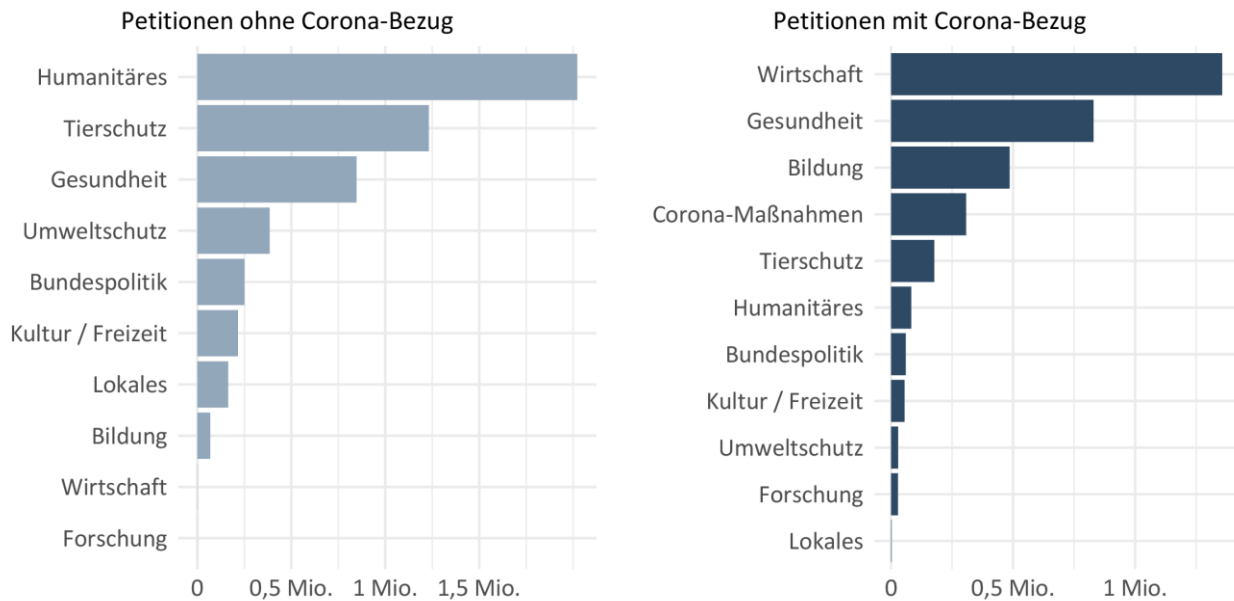


Quelle: Twitter, eigene Darstellung

Vergleicht man die Themen der Petitionen mit und ohne Corona-Bezug (siehe Abbildung 2-4) zeigt sich bei den Themen mit Corona-Bezug eine starke Verschiebung hin zu wirtschaftlichen Themen. Während die Petitionen ohne Corona-Bezug die gängigen Themen von change.org wie Humanitäres, Tier- und Umweltschutz widerspiegeln, dominiert mit gut 1,35 Millionen Mitzeichnungen bei den Corona-Petitionen das Thema „Wirtschaft“. Bei den Corona-Petitionen folgt mit knapp über 800.000 Unterzeichnungen das Thema Gesundheit, welches auch bei Petitionen ohne Corona-Bezug an dritter Stelle folgt. Unter Gesundheitspetitionen mit Corona-Bezug fallen viele Petitionen, die einen besseren Gesundheitsschutz in der Pflege, dem Einzelhandel und pädagogischen Berufen fordern. Auch werden Ausgleichszahlungen für das erhöhte Risiko, dem diese Berufsgruppen durch Corona ausgesetzt sind, gefordert. Mit knapp einer halben Million Mitzeichnungen folgt das Bildungsthema an dritter Stelle. Hier wird auf die Kita-, Schul- und Universitätsschließungen und Beschlüsse der Kultusministerkonferenz reagiert.

Abbildung 2-4: Themen der Petitionen ohne und mit Corona-Bezug

Die Petitionen werden mit der Anzahl ihrer Mitzeichnungen gewichtet. Petitionen mit internationaler Reichweite, also Petitionen, die sich auch an Unterzeichner außerhalb Deutschlands richten, werden nicht berücksichtigt. Die Petitionen ohne Corona-Bezug sind links abgebildet, die Petitionen mit Corona-Bezug rechts. Zeitraum: 1. November 2019 bis 2. Juni 2020.



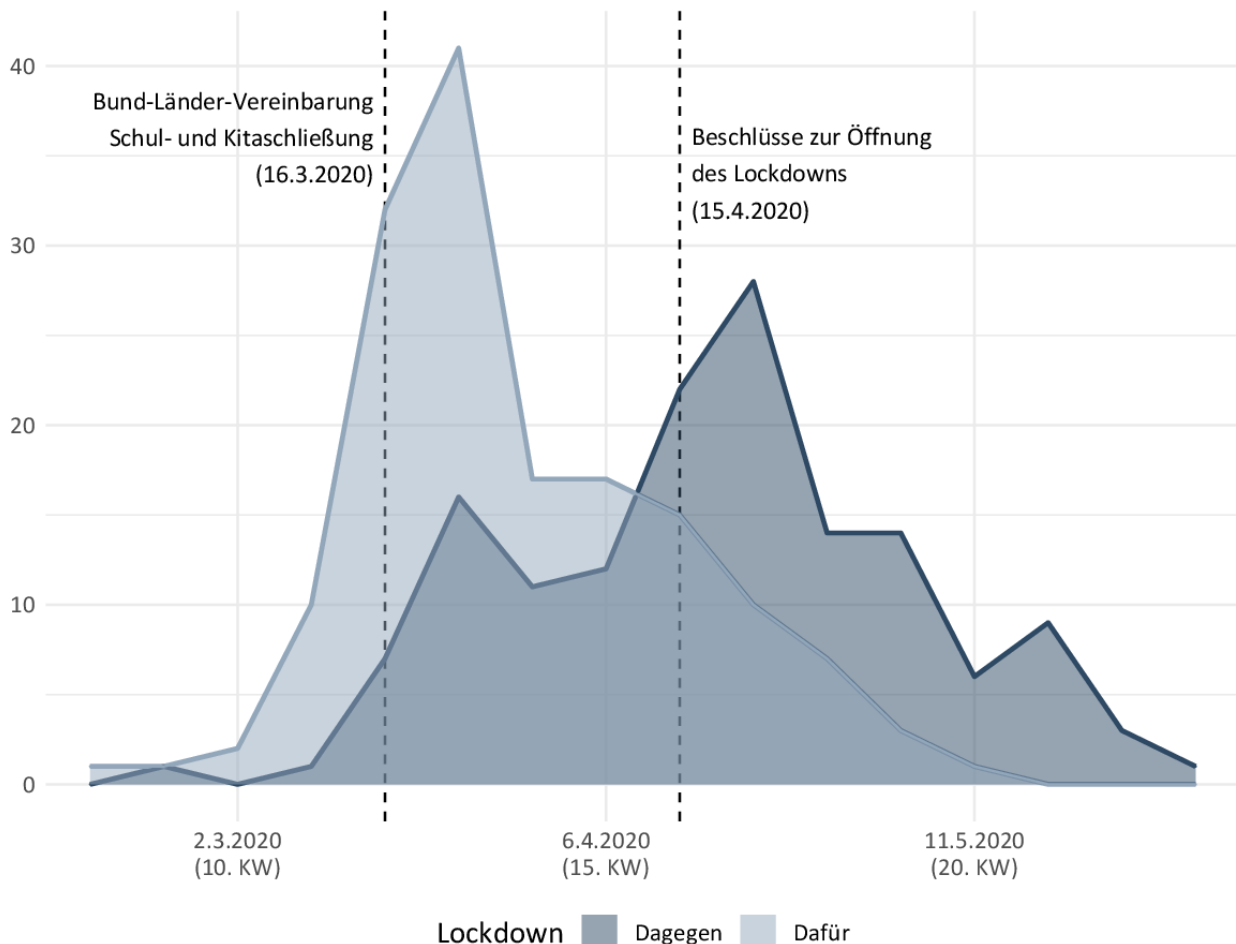
Quelle: change.org, eigene Darstellung

2.3 Corona Stimmungsbild

Ein Blick auf Abbildung 2-5 zeigt, dass mit der Bund-Länder-Vereinbarung zur Schul- und Kita-schließung ab dem 16. März 2020 ein Anstieg der Petitionen einhergeht, welche einen stärkeren Lockdown und mehr Schutz vor der Corona-Pandemie fordern (siehe Tabelle 2-2, S. 10). Die Forderungen nach einem stärkeren Lockdown und mehr Anstrengungen zur Eindämmung der Pandemie erreichen in der 13. Kalenderwoche ihren Höhepunkt, um dann rapide abzufallen. Anfang April beginnen die Stimmen nach einer Lockerung der Maßnahmen lauter zu werden, um kurz nach der Ankündigung zur Lockerung einiger Corona-Maßnahmen am 15. April 2020 ihren Höhepunkt zu erreichen. Da in den Beschlüssen vom 15. April 2020 für viele Bereiche des öffentlichen Lebens (wenn überhaupt) eine Teilöffnung erlaubt wurde, nutzen Petenten die Möglichkeit, eine stärkere Öffnung zu fordern. So finden Petitionen für eine Wiedereröffnung von Yoga- und Fitnessstudios und für ein Besuchsrecht in Pflegeheimen viel Unterstützung. Ein vergleichbares Stimmungsbild zeigt sich auch, wenn man statt der Anzahl der Petitionen die Zahl der Mitzeichnungen betrachtet (nicht gezeigt).

Abbildung 2-5: Bewertung des Corona-Lockdowns

Anzahl an Petitionen pro Kalenderwoche, die den Lockdown befürworten oder ablehnen. Berücksichtigt werden Petitionen mit mindestens 100 Mitzeichnungen. Petitionen mit internationaler Reichweite, also Petitionen, die sich auch an Unterzeichner außerhalb Deutschlands richten, werden nicht berücksichtigt. N = 996. Zeitraum: 1. November 2019 bis 2. Juni 2020.



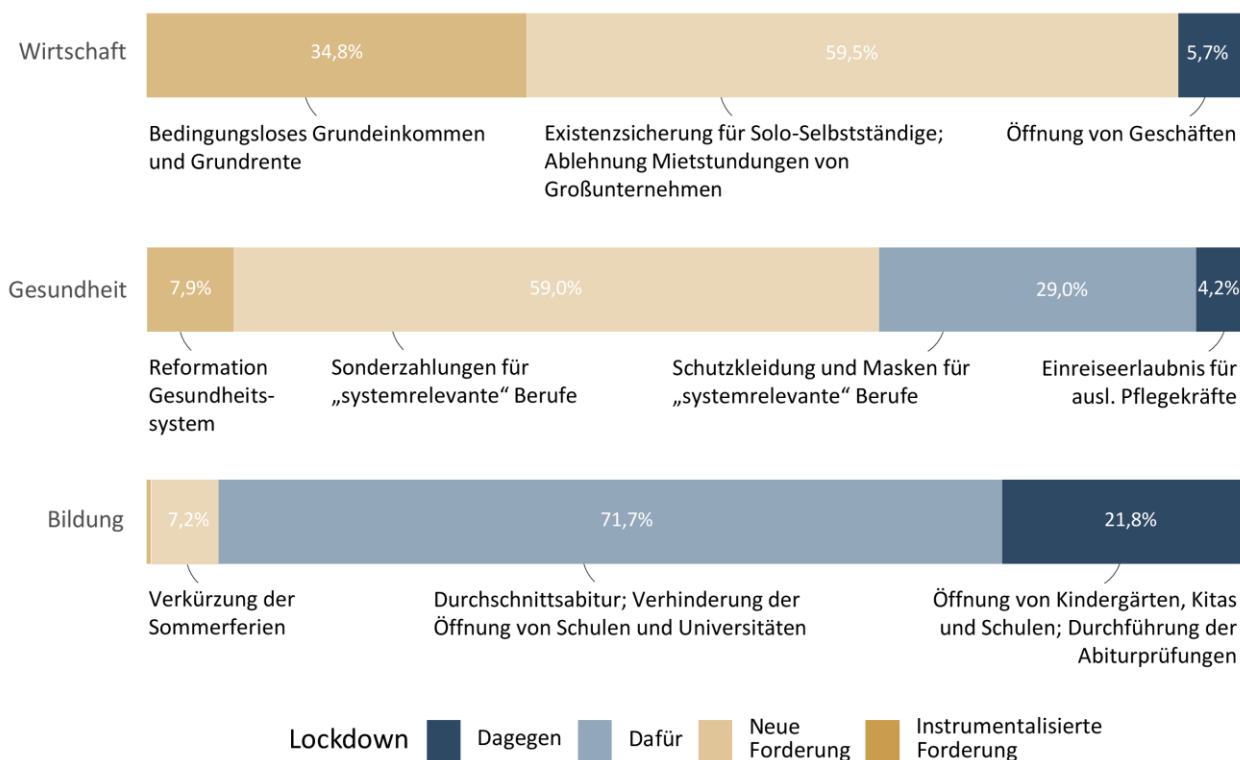
Quelle: change.org, eigene Darstellung

Bei den Petitionen mit Corona-Bezug entfallen die meisten Unterschriften auf die Themen Wirtschaft, Gesundheit und Bildung. Betrachtet man die Petitionen dieser Top-3 Corona-Themen anhand der Unterteilung nach Petitionen für oder gegen den Lockdown und Petitionen mit einer neuen oder einer instrumentalisierten Forderung, ergibt sich das folgende Bild (Abbildung 2-6). Beim Thema Wirtschaft mit knapp 1,4 Millionen Mitzeichnungen zeigen sich deutlich die Existenzängste vieler Personen, die von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind. Vor allem Kleinunternehmer, Solo-Selbstständige und Freiberufler fordern finanzielle Unterstützung in Form von Soforthilfen, Verdienstausschüttungen und einer Ausweitung der bereits bestehenden Rettungsschirme. Die dadurch ausgedrückte wirtschaftliche Notlage von Selbstständigen zeigt sich auch in ersten Ergebnissen der BMG-„Corona-BUND Studie“, welche auf einer Befragung von mehr als 30.000 Bürgern über 18 Jahren beruhen (forsa/ifo

Institut, 2020) und in einer beim Bundestag eingereichten Petition für wirksame Soforthilfen für Solo-Selbstständige und Künstler, welche von knapp 60.000 Personen mitgezeichnet wird. Auch bei der Mitzeichnung von sogenannten instrumentalisierten Petitionen, welche politische Forderungen aufnehmen, die bereits vor Corona diskutiert wurden, wie etwa dem bedingungslosen Grundeinkommen oder der Grundrente, zeigen sich die Sorgen um existenzielle Nöte. Ein kleiner Anteil der Unterschriften in der Kategorie „Wirtschaft“ positioniert sich stark gegen den Lockdown. Hier werden die Öffnung von Geschäften wie Fitness-, Gesundheits- und Yogastudios und auch Lockerungen für die Tourismusbranche gefordert. Wenig überraschend findet der Lockdown in der Themenkategorie Wirtschaft keinen Zuspruch.

Abbildung 2-6: Bewertung des Lockdowns in den Top-3 Corona-Themen

Anteil an Unterschriften für bzw. gegen einen Lockdown, mit einer neuen oder instrumentalisierten Forderung. Petitionen mit internationaler Reichweite, also Petitionen, die sich auch an Unterzeichner außerhalb Deutschlands richten, werden nicht berücksichtigt. Auf die Themenkategorie Wirtschaft entfallen insgesamt 1,35 Millionen Unterschriften, auf die Themenkategorie Gesundheit 0,83 Millionen Unterschriften und auf die Themenkategorie Bildung 0,49 Millionen Unterschriften. Zeitraum: 1. November 2019 bis 2. Juni 2020.



Quelle: change.org, eigene Darstellung

Auch beim Gesundheitsthema mit rund 830.000 Mitzeichnungen entfallen knapp 60 Prozent der Mitzeichnungen auf Petitionen, die neue Forderungen auf Grund der Corona-Pandemie formulieren. Hier geht es in erster Linie um eine finanzielle Anerkennung der Berufe und Berufsgruppen, welche während der Corona-Pandemie einer besonderen Arbeitsbelastung und auch einer besonderen Gefahr der Ansteckung am Arbeitsplatz ausgesetzt sind. Dass die Ansteckungsgefahr für Beschäftigte in der Pflege, im Einzelhandel und in pädagogischen Berufen ein Thema ist,

zeigt sich auch in den Petitionen, die den Lockdown befürworten und für diese Beschäftigte einen besseren Infektionsschutz durch die Bereitstellung von Schutzkleidung und Masken fordern. Knapp 30 Prozent der Mitzeichnungen im Gesundheitsthema entfallen auf diese Art von Forderungen. Damit verbunden ist auch die Forderung nach einer grundlegenden Reform des Gesundheitssystems, die durch die Corona-Pandemie wieder aufgenommen wird und deshalb in die Kategorie der instrumentalisierten Forderungen fällt. Auch die Forderung nach der Einreiseerlaubnis für ausländische Pflegekräfte verdeutlicht den Fachkräfteengpass in der Pflege, der durch die Corona-Pandemie noch einmal besonders sichtbar geworden ist (Kochskämper, 2020).

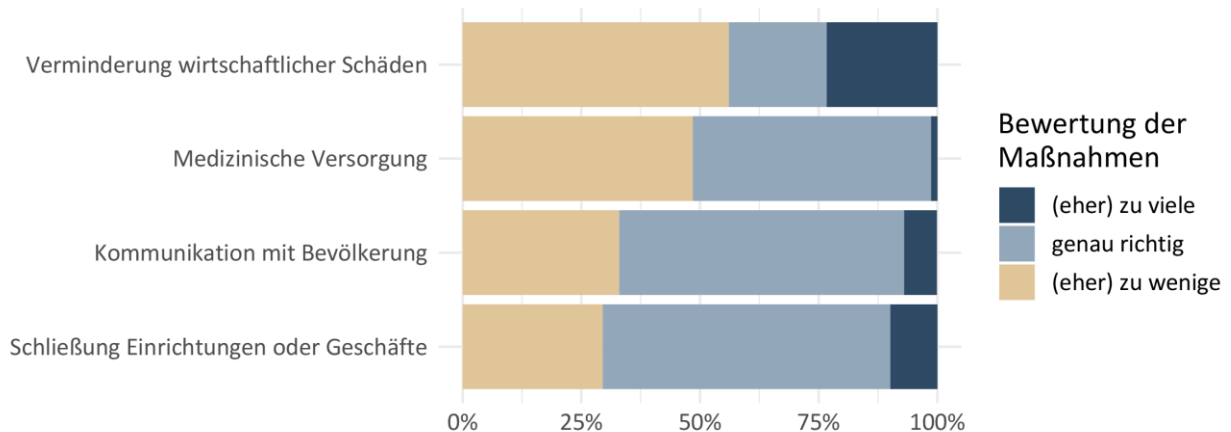
Beim Bildungsthema mit gut 490.000 Unterschriften entfällt ein Großteil der Unterschriften auf Petitionen, welche stärker den Infektionsschutz im Blick haben. Häufig sind diese Petitionen von Schülern oder Auszubildenden initiiert und fordern die Absage von (Abitur-)Prüfungen zugunsten eines Durchschnittsabschlusses. Sehr häufig wird hier mit dem Gesundheitsschutz argumentiert. Demgegenüber stehen zumeist von Eltern initiierte Petitionen, die die Wiedereröffnung der Kitas und auch der Grundschulen fordern. Vereinzelt fordern auch Schülerinnen und Schüler das Stattfinden des Abiturs, da sie eine geringere Wertigkeit ihres Abiturs bei einem Durchschnittsabitur befürchten. Die polarisiert geführte Debatte über die Öffnung oder Schließung von Bildungseinrichtungen findet sich also auch in den Online-Petitionen auf [change.org](https://www.change.org) wieder.

Die Ergebnisse in den genannten drei Kategorien werden auch in der GESIS Sonderumfrage zum Coronavirus-Ausbruch in Deutschland sichtbar (GESIS Panel Team, 2020). So wird in Abbildung 2-7 deutlich, dass die Befragten sich von der Bundesregierung mehr Maßnahmen zur Verminderung der durch die Corona-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Schäden wünschen. Die Umfrage wurde zwischen dem 16. und 29. März 2020 und damit zur Hochzeit jener Petitionen durchgeführt, welche sich für einen stärkeren Infektionsschutz aussprechen. In diesem Zeitraum wurde zwar unter anderem bereits der Weg für das Kurzarbeitergeld freigemacht. Andere wirtschaftliche Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, vor allem auch das Konjunkturpaket der Bundesregierung, wurden aber zum Teil erst deutlich später beschlossen. 56 Prozent der Online-Befragten geben an, dass die Regierung zu wenige Maßnahmen zur Verminderung der durch die Corona-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Schäden unternommen hat. 21 Prozent empfinden die hier ergriffenen Maßnahmen als genau richtig, während 23 Prozent die Maßnahmen zur Verminderung der wirtschaftlichen Schäden als (eher) zu viel bewerten. Auch in den Online-Petitionen finden sich hierzu Petitionen, die sich z. B. gegen einen staatlichen Eingriff bei der Rettung der Lufthansa einsetzen oder die Mietstundungen von Großunternehmen wie Adidas monieren.

Auch bei den Maßnahmen zur Gewährleistung der medizinischen Versorgung beurteilen knapp die Hälfte der Befragten die Regierungsmaßnahmen als unzureichend (GESIS Panel Team, 2020). Die Kommunikation mit der Bevölkerung bewertet dahingegen eine Mehrheit von 60 Prozent als genau richtig. Auch die Einschränkung des öffentlichen Lebens und die damit verbundenen Schließungen von Einrichtungen und Geschäften beurteilen 61 Prozent der Befragten als genau richtig.

Abbildung 2-7: Bewertung der Wirksamkeit der Regierungsmaßnahmen

N = 3.675. Anteil der Befragten, die angaben, dass die Bundesregierung in Bezug auf die folgenden Punkte (eher) zu wenige oder (eher) zu viele Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise ergriffen hat. Befragungszeitraum: 16. bis 29. März 2020.



Quelle: GESIS Panel Team, 2020

Ein Blick auf die neun Corona-Petitionen, die den Schwellenwert von 50.000 Unterschriften überschreiten, welche für eine Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestags benötigt würden, zeigt deutlich die Dominanz wirtschaftlicher Sorgen und Nöte und die daraus abgeleitete Forderung nach wirtschaftlicher Unterstützung (siehe Tabelle 2-3). Diese neun Petitionen vereinen 1,8 Millionen Unterschriften und damit mehr als die Hälfte aller Unterschriften, die auf Petitionen mit Corona-Bezug entfallen. Von den knapp 1,8 Millionen Unterschriften fallen wiederum über die Hälfte (55 Prozent) in die Wirtschaftskategorie. Viel Zustimmung findet mit über 440.000 Mitzeichnungen auch die Petition, die auf die Missstände in der Pflege und deren mögliche Folgen während der Corona-Pandemie aufmerksam macht. Die Forderung vieler Abiturienten nach einem Durchschnittsabitur 2020 findet sich gebündelt in der Petition „Abitur 2020 Umdenken: Durchschnittsabitur“. Auf der anderen Seite findet auch die von Eltern initiierte Petition zur Öffnung der Kindertagesstätten und Grundschulen mehr als 70.000 Unterstützer. Wie aufgeladen die Debatte um die Maßnahmen für Schulen und Kindertagesstätten ist, zeigt schließlich die Petition der pädagogischen Fachkräfte, welche mehr Schutz für diese Berufsgruppe fordert.

Tabelle 2-3: Corona-Petitionen mit mehr als 50.000 Mitzeichnungen

Petitionen mit internationaler Reichweite, also Petitionen, die sich auch an Unterzeichner außerhalb Deutschlands richten, werden nicht berücksichtigt. Zeitraum: 1. November 2019 bis 2. Juni 2020.

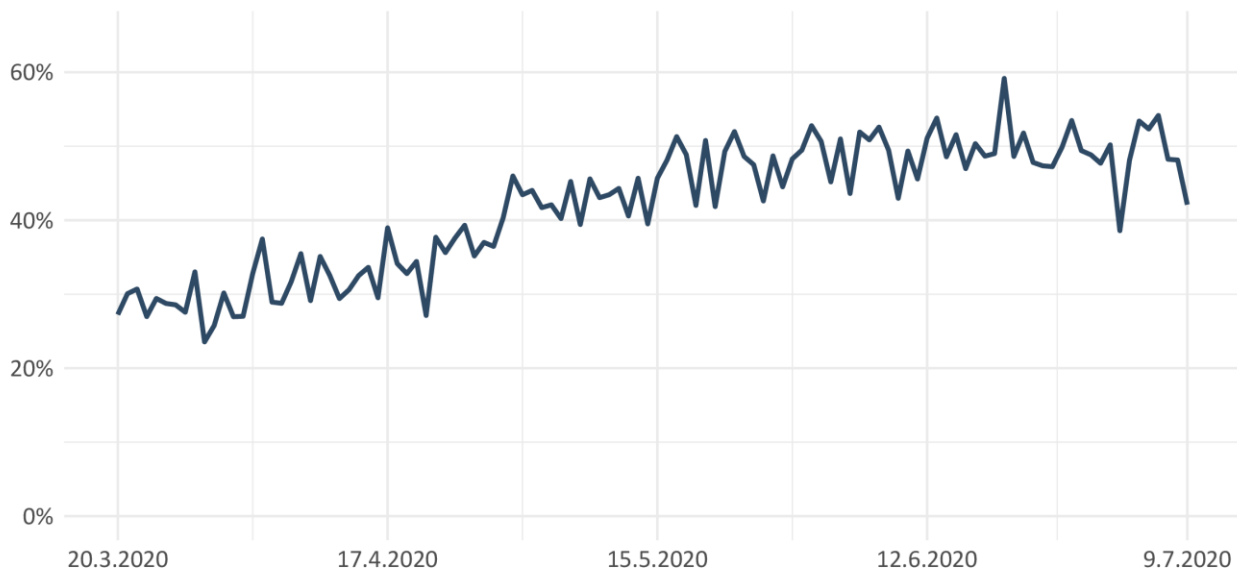
	Petitionstitel	Thema	Mitzeichnungen
1	Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen durch die Coronakrise	Wirtschaft	465.038
2	Corona-Krise: Gemeinsamer Aufruf von Pflegefachkräften an Jens Spahn!	Gesundheit	444.326
3	Miete zahlen trotz Corona! - 90% Kurzarbeit (KuG) jetzt!	Wirtschaft	275.460
4	Abi 2020 Umdenken: Durchschnittsabitur	Bildung	153.627
5	Rettungsschirm für alle Jugendherbergen in Deutschland – jetzt!	Wirtschaft	123.839
6	Rettet Deutschlands Gastgewerbe!	Wirtschaft	111.971
7	Bundesweite Schließung von Zahnarztpraxen zur Eindämmung des Coronavirus!	Gesundheit	75.579
8	Kinder brauchen Kinder: Öffnung der Kindertagesstätten und Grundschulen	Bildung	73.281
9	Päd. Fachkräfte brauchen Schutz, -keine Anwesenheitspflicht außer bei Notfallbetreuung	Gesundheit	58.037

Quelle: change.org, eigene Darstellung

Auch in der Mannheimer Corona Studie (Blom et al., 2020a), die seit dem 20. März 2020 täglich im Schnitt gut 500 Teilnehmer des German Internet Panels (GIP) zu unterschiedlichen Lebensaspekten und Einstellungen bezüglich der Corona-Pandemie befragt, zeigt sich ein ähnliches Stimmungsbild wie in der inhaltlichen Analyse der change.org Petitionen. So nimmt seit Beginn der Maßnahmen im März der Anteil der Befragten, der empfindet, dass der wirtschaftliche Schaden der Corona-Maßnahmen höher ist als ihr gesellschaftlicher Nutzen, deutlich zu.

Abbildung 2-8: Einschätzung der Corona-Maßnahmen: Wirtschaftlicher Schaden vs. gesellschaftlicher Nutzen

Durchschnittliches N pro Tag = 488. Fragetext: Ist momentan in Deutschland der wirtschaftliche Schaden, den die derzeitigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie anrichten, größer als ihr Nutzen für die Gesellschaft, oder ist der gesellschaftliche Nutzen größer als der wirtschaftliche Schaden? Die Antwortmöglichkeiten liegen zwischen 1 „Der gesellschaftliche Nutzen ist größer als der wirtschaftliche Schaden“ und 7 „Der wirtschaftliche Schaden ist größer als der gesellschaftliche Nutzen.“ In Anlehnung an Blom et al. (2020) wird der Anteil der Befragten gezeigt, die einen Wert zwischen 5 und 7 angeben.



Quelle: Blom et al., 2020b, eigene Darstellung

3 Fazit und Ausblick

Die Analyse der Petitionen der Plattform change.org im Zeitraum vom 1. November 2019 bis zum 2. Juni 2020 zeigt, dass Demokratie in Deutschland auch in Krisenzeiten gelebt wird. Während andere Beteiligungsformen durch die Kontaktsperre stark eingeschränkt sind, erreicht die Beteiligung auf der Petitionsplattform während dieser Zeit einen Höhepunkt. Im März und April werden Petitionen auf change.org insgesamt 4,4 Millionen Mal mitgezeichnet. 3,3 Millionen der Mitzeichnungen und somit drei Viertel aller Mitzeichnungen entfallen auf Petitionen, die auf unterschiedliche Aspekte der Corona-Maßnahmen und ihre Auswirkungen Bezug nehmen.

Eine inhaltliche Betrachtung der Petitionen zeigt, dass das Stimmungsbild bezüglich des Corona-Lockdowns nach den Lockerungen am 15. April 2020 von einer anfänglichen Zustimmung hin zu einer stärkeren Forderung nach Öffnung kippt. Betrachtet man die Anzahl der Mitzeichnungen der Corona-Petitionen zeigt sich besonders stark die wirtschaftliche Betroffenheit vieler Menschen durch die Krise. Auf das Thema Wirtschaft entfallen 1,35 Millionen Mitzeichnungen und somit knapp 40 Prozent der Mitzeichnungen von Petitionen mit Corona-Bezug.

Gerade in Krisenzeiten und in einer demokratischen Ausnahmesituation wie dem Corona-Lockdown, in der kurzzeitig Grundrechte eingeschränkt wurden, ist es wichtig, die Stimmen aus der Bevölkerung zu hören und ernst zu nehmen. Dies ist besonders auch vor dem Hintergrund wichtig, dass Möglichkeiten der politischen Partizipation ebenso einen Mitbestimmungsanspruch wecken (Jungherr/Jürgens, 2011). Bleibt dieser ungehört, riskiert man, dass Bürger das Vertrauen in die Demokratie verlieren. Dies kann zu einem Rückzug ins Private oder gar zu einer Radikalisierung führen. Welche Dynamik eine Vermischung von Sorgen und Verschwörungstheorien entwickeln kann, zeigte sich unlängst bei der Großdemonstration in Berlin am 2. August 2020.

Dabei kann Online-Aktivismus Politikern erleichtern, die Präferenzen der Wähler zu erkennen und somit eine Brücke zwischen Politikern und Wählern schlagen. Das Beispiel England hat gezeigt, dass Forderungen aus Petitionen in die politische Debatte einfließen (Blumenau, 2020). Dabei erleichtert die Ausgestaltung der offiziellen englischen Petitionswebsite den Abgeordneten des Parlaments abzuleiten, welche Petitionen für ihren Wahlkreis besonders relevant sind. So zeigt eine interaktive Karte die Unterstützung für einzelne Petitionen im jeweiligen Wahlbezirk. Auch werden die Abgeordneten des englischen Parlaments mit automatisierten Mails darüber informiert, wenn eine Petition in ihrem Wahlbezirk eine besonders hohe Zustimmung erhält. Ein solches System ermöglicht es, politische Präferenzen auf Basis von Online-Petitionen regional differenziert zu betrachten.

Die Analyse der Online-Petitionen auf change.org hat eindrücklich die zunehmende Sorge um den Verlust wirtschaftlicher Existenzen gezeigt. Dass die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation in strukturell geschwächten Gebieten wie dem Ruhrgebiet schon vor der Corona-Krise größer waren als im Rest Deutschlands, zeigen Analysen des sozioökonomischen Panels (SOEP) (Diermeier et al., 2020). So liegt 2018 der Anteil der Bevölkerung, der sich Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation macht, im Ruhrgebiet mit knapp 14 Prozent um vier Prozentpunkte höher als im restlichen Nordrhein-Westfalen. Es liegt die Vermutung nahe, dass in solchen Regionen die durch die Corona-Pandemie ausgelösten Sorgen und Ängste um die wirtschaftliche Existenz auf einen besonders nährreichen Boden fallen. Eine regional differenzierte Auswertung der Petitionen auf der offiziellen Website des Bundestags und ein automatisierter Alert für die Abgeordneten des Bundestags, analog zum englischen System, würde es erlauben, eine solche Vermutung zu überprüfen und politische Handlungen abzuleiten. Auch in Nicht-Krisenzeiten sollte die Möglichkeit durch Online-Petitionen Meinungen zu bündeln stärker genutzt werden. Da sowohl repräsentative Umfragen als auch eine Betrachtung soziodemographischer Merkmale wie Alter und Geschlecht der Petenten auf change.org zeigt, dass vor allem jüngere Menschen die Möglichkeit nutzen, sich via Online-Petitionen Gehör zu verschaffen, wäre es für einen Austausch zwischen den Generationen wünschenswert, wenn es gelänge auch ältere Menschen für die Möglichkeiten der digitalen politischen Partizipation zu begeistern.

Gerade vor dem Hintergrund wieder ansteigender Infektionszahlen und einer möglichen Verschärfung der Maßnahmen sollten die ökonomischen und sozialen Folgen mitgedacht werden. Wie groß die Sorgen und Ängste um die wirtschaftliche Existenz sind, hat das Stimmungsbild zum im März verhängten Lockdown gezeigt. Besonders vor dem Hintergrund, dass ein zweiter Lockdown wirtschaftlich viel schädlicher sein könnte als der erste, sollten diese Ängste und Sorgen ernst genommen werden.

Literatur

Allcott, Hunt / Gentzkow, Matthew, 2020, Social Media and Fake News in the 2016 Election, *Journal of Economic Perspectives*, 31. Jg., Nr. 2, S. 211–236

Andersen, Uwe / Woyke, Wichard, 2013, *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Heidelberg, Springer

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2020, Kein schnelles Ende des Corona-Schocks. Ökonomische Einschätzungen deutscher Unternehmen, *IW-Trends*, 47. Jg., Nr. 2, S. 21–41

Blom, Annelies G. / Wenz, Alexander / Rettig, Tobias / Reifenscheid, Maximiliane / Neumann, Elias / Möhring, Katja / Lehrer, Roni / Krieger, Ulrich / Juhl, Sebastian / Friedel, Sabine / Fikel, Marina / Cornesse, Carina, 2020a, Die Mannheimer Corona-Studie: Das Leben in Deutschland im Ausnahmezustand, Bericht zur Lage vom 20. März bis 09. Juli 2020, https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/10-07-2020_Mannheimer_Corona-Studie_-_Bericht_zur_Lage_in_den_Tagen_20_Mrz-09_Jul_2020.pdf [29.07.2020]

Blom, Annelies G. / Wenz, Alexander / Rettig, Tobias / Reifenscheid, Maximiliane / Neumann, Elias / Möhring, Katja / Lehrer, Roni / Krieger, Ulrich / Juhl, Sebastian / Friedel, Sabine / Fikel, Marina / Cornesse, Carina, 2020b, Die Mannheimer Corona-Studie: Das Leben in Deutschland im Ausnahmezustand, Ergebnistabellen zum Bericht zur Lage vom 20. März bis 09. Juli 2020, https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/10-07-2020_Ergebnistabellen_zum_Tagesbericht.pdf [29.07.2020]

Blumenau, Jack, 2020, Online Activism and Dyadic Representation: Evidence from the UK E-Petition System, *Legislative Studies Quarterly*, *im Erscheinen*

change.org verein, 2020, Jahres- und Wirkungsbericht 2019, https://changeverein.org/wp-content/uploads/2020/04/Jahres_Wirkungsbericht_2019_WEB.pdf [30.06.2020]

Della Porta, Donatella / Diani, Mario, 2006, *Social Movements. An Introduction*, Blackwell, Malden

Diermeier, Matthias / Mertens, Armin / Niehues, Judith / Schüler, Ruth Maria, 2020, Corona-Krise trifft auf besorgtes Ruhrgebiet, *IW-Kurzbericht*, Nr. 45/2020, Köln

forsa GmbH / ifo Institut für Wirtschaftsforschung, 2020, Erste Ergebnisse des Befragungsteils der BMG-„Corona-BUND-Studie“, <https://www.ifo.de/publikationen/2020/erste-ergebnisse-des-befragungsteils-der-bmg-corona-bund-studie?eNLifo-202007> [4.08.2020]

GESIS Panel Team (2020). GESIS Panel Special Survey on the Coronavirus SARS-CoV-2 Outbreak in Germany. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5667 Datenfile Version 1.1.0, <https://doi.org/10.4232/1.13520>

Halpin, Darren / Vromen, Ariadne / Vaughan, Michael / Raissi, Mahin, 2018, Online petitioning and politics: the development in change.org in Australia, Australian Journal of Political Science, 53. Jg., Nr. 4, S. 428–445

Huang, Shih-Wen / Suh, Minhyang (Mia) / Hill, Benjamin Mako / Hsie, Gary, 2015, How Activists are Both Born and Made: An Analysis of Users on Change.org, Proceedings of the 33rd annual ACM conference on human factors in computing

Jungherr, Andreas / Jürgens, Pascal, 2014, Through a Glass, Darkly: Tactical Support and Symbolic Association in Twitter Messages Commenting on Stuttgart 21, Social Science Computer Review, 32. Jg., Nr. 1, S. 74–89

Jungherr, Andreas / Jürgens, Pascal, 2011, E-Petitionen in Deutschland: Zwischen niedrigschwelligem Partizipationsangebot und quasi-plebiszitärer Nutzung, Zeitschrift für Parlamentsfragen, 42. Jg., Nr. 1, S. 521–534

Kochskämper, Susanna, 2020, Wie steht es um Deutschlands Krankenhausinfrastruktur? Überblick und internationaler Vergleich, IW-Report, Nr. 14/2020, Köln

Nida-Rümelin, Julian, 2020, Das Virus als Sargnagel der Demokratie, <https://www.cicero.de/innenpolitik/corona-krise-zivilkultur-virus-demokratie-sargnagel-rechtsstaat> [28.07.2020]

Manow, Philip, 2020, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, edition suhrkamp, Frankfurt

Pariser, Eli, 2011, The Filter Bubble: What the Internet Is Hiding from You, Penguin Books, London

Pötzsch, Horst, 2009, Die Deutsche Demokratie, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Robert Bosch Stiftung / Bertelsmann Stiftung / Stiftung Neue Verantwortung / PHINEO, 2019, Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft, <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/digitalisierung-braucht-zivilgesellschaft> [27.07.2020]

Abstract

Online petitions as an indicator of current polarization tendencies

A thematic analysis of petitions on change.org during COVID-19 lockdown in Germany

The COVID-19 measures of the federal and state governments have at times massively affected public life in Germany. The ban on contact has temporarily restricted the freedom to pursue a profession, the freedom of trade, compulsory education and religious freedom. At the same time, the restriction of freedom of assembly reduced the opportunities for political participation to the digital realm. Against the background of these developments, Nida-Rümelin (2020) warns that the COVID-19 pandemic could prove to be an accelerator of the crisis in Western democracies. The extent to which digitisation strengthens or weakens democracy through additional forms of participation was already heavily debated before COVID-19. While Manow (2020), for example, sees digitisation as an opportunity for democracy, Pariser (2011) as well as Allcott and Gentzkow (2017) describe it as a threat to democracy.

An analysis of online petitions in the period before and during the COVID-19 measures in Germany shows that digital participation is used very strongly during the crisis. In March and April 2020 and therefore during the period of the most drastic decisions on COVID-19 virus containment, 3.3 million signatures were collected on petitions referring to the COVID-19 pandemic and related measures. Whether this is due solely to the issue of COVID-19 or to the contact restriction adopted on 22 March, which severely restricts other forms of political participation in the short term, cannot be clearly distinguished based on the data available. The analysis of the petitions' content suggests that the two aspects are interrelated. Nevertheless, it should be emphasized that in the current crisis, digital forms of participation offer an opportunity for German democracy to prove resilient.

During the COVID-19 pandemic, many people use petitions to express how the crisis affects their economic situation. This is reflected in over 1.35 million signatures for petitions addressing the economic dimension of the COVID-19 pandemic. At the same time, a large number of petitions has been submitted in response to decisions in education. However, these petitions are less frequently signed. The petitions, therefore, can be understood as a hint on the public opinion during the first COVID-19 lockdown.

For this study, almost 1,800 petitions of the commercial participation platform change.org are analysed. These petitions were put online from November 1, 2019 to June 2, 2020. We distinguish between decisions supporting and opposing the COVID-19 lockdown. This distinction shows that the announcement of school and daycare closures in the 12th calendar week is followed by a wave of calls for further measures to contain the pandemic. Shortly before the lockdown is loosened on 15 April 2020, the mood is tilting and a majority of petitioners are in favour of relaxing the lockdown. The call for more openness is increasing once again after the decisions of 15 April, only to slowly fade away with the further loosening of the lockdown.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1: Partizipationsformen und soziodemographische Charakteristika	8
Tabelle 2-2: Beispiele für das Coding der change.org Petitionen	10
Tabelle 2-3: Corona-Petitionen mit mehr als 50.000 Mitzeichnungen	19

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Politische Beteiligungsformen vor der Corona-Pandemie	7
Abbildung 2-2: Anzahl der Petitionen mit und ohne Corona-Bezug	12
Abbildung 2-3: Verwendung des #Demo(nstration) auf Twitter	13
Abbildung 2-4: Themen der Petitionen ohne und mit Corona-Bezug.....	14
Abbildung 2-5: Bewertung des Corona-Lockdowns	15
Abbildung 2-6: Bewertung des Lockdowns in den Top-3 Corona-Themen.....	16
Abbildung 2-7: Bewertung der Wirksamkeit der Regierungsmaßnahmen	18
Abbildung 2-8: Einschätzung der Corona-Maßnahmen: Wirtschaftlicher Schaden vs. gesellschaftlicher Nutzen.....	20